



Grußwort

Politik für die Mitte der Gesellschaft

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Themen möchte ich einleitend ansprechen. Erstens: Die USA haben gewählt. Das Ergebnis ist, wie es ist. Unser FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner bringt es am Tag nach der Wahl auf den Punkt: Nerven behalten, Vernunft einschalten.

Donald Trump hat in seinem Wahlkampf auf Populismus gesetzt. Seine Wähler haben ihm offenbar auch jede Entgleisung verziehen, weil sie vor allem für Protest stimmen wollten.

Christian Lindner definiert drei Aufgaben, wie wir uns dieser Herausforderung stellen können:

1. Europa muss gemeinsam sicherheits- und wirtschaftspolitische Konsequenzen aus dieser Wahl ziehen, Werte und Interessen gemeinsam vertreten. Dafür sollte Europa Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und sich selbst, die eigenen Institutionen, endlich reformieren.
2. Der Gesprächsfaden mit den USA darf nicht abreißen. Wir brauchen intakte transatlantische Beziehungen und sollten auf Dialog setzen.
3. Es hat eine Mittelschicht für Trump gestimmt, die sich nicht nur ökonomisch abgehängt, sondern auch kulturell fremd im eigenen Land gefühlt hat. Das darf sich in Deutschland nicht wiederholen. Noch sind wir stabiler, aber Krisenanzeichen sind erkennbar. Auch bei uns kreisen Diskussionen um die Bedürftigen, die zu recht unsere Solidarität erfahren, und um die Superreichen auf der anderen Seite. Und dazwischen gibt es die vielen



Ihre Meinung ist mir wichtig.

Schreiben Sie mir, was Ihnen an diesem Newsletter gefällt und was nicht. Sagen Sie mir Bescheid, wenn Sie zu einem Thema weitere Hintergründe wissen möchten: jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

Millionen Menschen, die fleißig sind und trotzdem das Gefühl haben, nicht voranzukommen. Das ist die Mitte der Gesellschaft und das sind die Menschen, die in der Politik ebenfalls stärker beachtet werden müssen.

Wir tun gut daran, dass wir uns um deren Bedürfnisse kümmern, damit sie keinen Grund zum Protest haben.

Das bringt mich zum zweiten Punkt: die Bildungspolitik. Die jüngste IQB-Bildungsstudie zeigt verheerende Ergebnisse für Baden-Württemberg. Die zahlreichen Reformen der vergangenen Jahre haben unsere Bildungslandschaft und die Lehrerinnen und Lehrer in Unruhe versetzt. Die FDP-Landtagsfraktion hat dies immer wieder kritisiert, jetzt sehen wir uns bestätigt. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Die Kultusministerin muss nun dagegensteuern.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters.

Ihr



Wechsel an der Spitze:

Jochen Haußmann neuer Vorsitzender der Reinhold-Maier-Stiftung

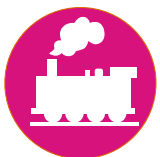
In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrats der Reinhold-Maier-Stiftung am 23. September 2016 in Stuttgart wurde Jochen Haußmann als neuer Stiftungsvorsitzender gewählt. Er löst damit den früheren Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll ab, der nach 26 Jahren an der Spitze der Stiftung nicht mehr kandidiert hatte. Die Stuttgarter Schulbürgermeisterin Isabel Fezer wurde in ihrem Amt als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Jochen Haußmann dankte Ulrich Goll für seinen langjährigen engagierten Einsatz als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reinhold-Maier-Stiftung, die er maßgeblich geprägt habe. Nach seiner Wahl betonte Haußmann, dass er die liberale Landesstiftung im



Sinne Reinhold Maiers führen möchte und man dessen politisches Erbe bei den Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft fortschreiben müsse. Als liberaler Landtagsabgeordneter aus dem Remstal hat er einen engen Bezug zum Leben

und Wirken Reinhold Maiers.

Information: Die Reinhold-Maier-Stiftung wurde 1977 in Erinnerung an den ersten Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gegründet und bietet jährlich ca. 80 Veranstaltungen zur politischen Bildung an. Zudem gibt sie die „Schriftenreihe zur Geschichte, Praxis und Programmatik des Liberalismus“ heraus und verleiht die Reinhold-Maier-Medaille an Persönlichkeiten, die sich um den Liberalismus besonders verdient gemacht haben. www.reinhold-maier-stiftung.de



Termine: Hier bin ich für Sie unterwegs

28.11.	Gespräch mit Polizeipräsident Roland Eisele
29.11.	Pharmazeutische Tafelrunde der Landesapothekenkammer in Stuttgart
30.11.	Plenarsitzung im Stuttgarter Landtag
01.12.	Abgeordnetengespräch und Plenarsitzungsbesuch, Seniorengruppe Rudersberg
02.12.	Pflegepraktikum, Haus Edelberg in Kernen auf Einladung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. mit anschließendem Pressegespräch
10.12.	Verleihung der Reinhold-Maier-Medaille an die Neue Zürcher Zeitung
14.12.	Plenarsitzung und Sitzung des Verkehrsausschusses in Stuttgart



Flugpremiere des Brennstoffzellenflugzeugs

Jungfernflug in Stuttgart

„Der weltweit erste Flug eines viersitzigen Flugzeugs mit Brennstoffzellen-Technik am Flughafen Stuttgart ist für mich der augenfällige Beweis, dass Baden-Württemberg nicht nur das Geburtsland der Mobilität ist: Der heutige Tag adelt unser Land zum Innovationsland der Mobilität“, so Jochen Haußmann. Die Technologie aus Baden-Württemberg erschließt damit eine neue Dimension des

inländischen Passagierverkehrs. Die Weltpremiere von HY4 ist Ausdruck der Stärke unseres Wirtschaftsstandorts mit Grundlagen- und Anwendungsforschung. Die Landesregierung muss alles daran setzen, dass diese Stärken weiterentwickelt werden. Es muss der Know-how-Transfer in den tatsächlichen Markt geschafft werden.



Jochen Haußmann mit Abgeordnetenkollegin und Sprecherin für Wirtschaftspolitik, Gabriele Reich-Gutjahr, beim Erstflug der HY 4.



Verspätungen und Zugausfälle auf der Remsbahn

Bahn verspricht Besserung



Verspätungen, Zugausfälle - die goldenen Zeiten für Zugfahrer, die sich alle vom Abschied von den Silberlingen auf der Remsbahnstrecke erhofft hatten, lassen auf sich warten. Nachdem sich Beschwerden häuften,

hat sich Jochen Haußmann an David Weltzien, den Vorsitzenden der Regionalleitung der DB Regio AG, gewandt. Dieser redet in seiner Antwort auch nicht lange um den heißen Brei: **„In der Tat sind die Zustände auf der Remsbahn derzeit nicht akzeptabel.“** Seit dem 1. Oktober gilt der „Große Verkehrsvertrag“ nicht mehr und es ist ein

Übergangsvertrag mit dem Land an dessen Stelle getreten. Aber die Hoffnungen auf bessere Zeiten haben sich nicht erfüllt: Kaum ein Zug ohne Verspätungen, weniger Platz durch weniger Waggons (wenn auch doppelstöckig), wieder defekte Türen (wie bei den Silberlingen) und mangelhafte Kommunikation zwischen Bahn und Kunden. David Weltzien versprach, sich um Abhilfe zu kümmern. Erste technische Maßnahmen laufen: „Unsere Techniker arbeiten derzeit mit Hochdruck an der Fehlersuche und Störungsbeseitigung“, so Weltzien. Zusätzlich mache momentan eine Grippewelle Probleme. Die Bahn bemühe sich, die Probleme zu lösen: „Wenn wir eine stabilere Lage erreicht haben, werden wir uns mit einer Entschuldigungsaktion an unsere Kunden wenden.“



Arzneimittelversorgung:

Bürgerinnen und Bürger brauchen langfristige Sicherheit

Im Zusammenhang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das die Preisbindung für ausländische Versandapotheken für nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar erachtet hat, fordert Jochen Haußmann: **Die Preisbindung verschreibungspflichtiger Arzneimittel muss verbindlich bleiben.**

Die Entscheidung des EuGH greift in schwerwiegendem Maße in die Sicherheit der Arzneimittelversorgung der Menschen im Land ein. Denn es gibt erhebliche Wett-

bewerbungsverzerrungen zwischen den öffentlichen Apotheken in den Städten und Gemeinden vor Ort und Versandapotheken im Ausland, so dass hier viel zu leicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Arzneimittel sind Güter besonderer Art und das gilt im Besonderen für verschreibungspflichtige Arzneimittel. Haußmann präzisierte, dass die öffentlichen Apotheken nicht nur Nacht- und Notdienste vorhalten müssten, sie hätten die Aufgabe, spezielle Rezepturen zu fer-



tigen, die zum Beispiel auch in der Krebstherapie immer mehr an Bedeutung gewinnen. Zentrale Aufgabe sei es zudem, sachkundige Beratung zu leisten, insbesondere, wenn mehrere Arzneimittel genommen würden, um lebensbedrohliche Situationen zu vermeiden. „Ich befürchte einen ruinösen Wettbewerb durch Rosin-

nenpickerei ausländischer Versandapotheken“, unterstrich Haußmann. Denn für inländische Versender gelte nach wie vor die Preisbindung. „Wenn es auf-

grund von EU-Recht nicht möglich ist, ruinösen Dumping-Wettbewerb ausländischer Versandapotheken zu unterbinden, dann muss zur langfristigen Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und sicheren Arzneimittelversorgung dieser Bereich aus dem Versand genommen werden“, erläuterte Haußmann. Es brauche Wettbewerbsgleichheit und Versorgungssicherheit für die Patientinnen und Patienten.

Den Antrag finden Sie hier.



Risikostrukturausgleich:

Land muss das Heft des Handelns in die Hand nehmen

Im Nachgang zur Beratung seines Antrags „Änderungen am morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) der gesetzlichen Krankenversicherung“ und des hierzu eingebrachten Beschlussantrags (Landtags-Drucksache 15/545) sagte Jochen Haußmann: „Ich freue mich, dass der Sozialausschuss des Landtags heute meinen Antrag zumindest teilweise aufgegriffen hat. Damit wird eine größere Transparenz beim milliardenschweren **Ausgleichssystem Morbi-RSA der gesetzlichen**

Krankenversicherung geschaffen.“

Damit ist ein großer Schritt getan, um sachgerechte Kriterien zum Risikoausgleich zu definieren. Haußmann betont: „Neben regionalen Faktoren ist aus meiner Sicht ein Hochrisikopool nötig. Mit einer qualifizierten Weiterentwicklung des Systems, konzentriert auf die wirklich relevanten Fälle, wäre schließlich ein wirksames Mittel gegen den Fehlanreiz der Ausweitung der Diagnose-Kodierung gefunden.“



Ärgernis des Monats:

Hürden bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Mindestlohn versus ortsüblichem Lohn

Einigkeit besteht darin, dass Flüchtlinge „on the job“ schneller integriert werden, Deutsch und andere berufliche Fähigkeiten besser als in Integrationskursen lernen. Will man sie in den Arbeitsmarkt integrieren, wird es kaum anders gehen. Sie haben sonst kaum eine Chance. Unternehmen, die Flüchtlinge einstellen möchten, machen derzeit jedoch die bittere Erfahrung, dass die Beschäftigung zusätzliche bürokratische Hürden mit sich bringt.

Grund ist der § 39 des Aufenthaltsgesetzes.

Asylbewerber und geduldete Personen dürfen grundsätzlich nur dann eine Beschäftigung aufnehmen, wenn die Ausländerbehörde dies genehmigt hat und der sogenannte ortsübliche Lohn bezahlt wird.

Dies führt dazu, dass vielfach mehr als der gesetzliche Mindestlohn zu bezahlen ist. Für viele Unternehmen wirkt sich das aber nachteilig auf das Lohngefüge im Unternehmen aus.

Auch Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller hält die Regelung, wonach auch Flüchtlinge ohne Sprachkenntnisse und Berufserfahrung zum Mindestlohn bzw. ortsüblichen Lohn beschäftigt werden müssen, für eine große Beschäftigungshürde. In der gegenwärtigen Situation müssten **„Politik und Gewerkschaften von ihrem Dogma abrücken“**, erklärte Leibinger-Kammüller im Interview mit den Stuttgarter Nachrichten. Sie müssten sagen: „Damit diese Menschen überhaupt ins Berufsleben hineinfließen können, liegt ihr Lohn erst einmal unterhalb des Mindestlohn- oder Tarifniveaus.“ Ansonsten werde die Beschäftigung dieser Menschen unbezahlbar.

Im Sommer hatte Jochen Haußmann dazu mit Vertretern der regionalen Agentur für Arbeit gesprochen. Man will aber an dieser jetzigen Rege-

lung festhalten. Statt einer Änderung wollen die Agenturen lieber einen **Eingliederungszuschuss zahlen**, den Unternehmen beantragen können, wenn sie jemanden einstellen, der zunächst nur eine eingeschränkte Arbeitsleistung bringen kann.

Es besteht die Sorge, dass Unternehmen ansonsten möglicherweise Lohn-Dumping betreiben und vorhandene Arbeitskräfte durch billiges Personal auswechseln.

Nach Meinung von Jochen Haußmann ließe sich das aber ausschließen, wenn für die Beschäftigung die Genehmigung der Agentur für Arbeit notwendig ist und diese sicherstellen, dass keine Mitarbeiter „ausgetauscht“ werden.

„ausgetauscht“ werden.

In einem aktuellen Antrag fragt die FDP/DVP-Fraktion daher die Landesregierung, welche Erkenntnisse über die Vermittlung von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestehen und welche Informationen ihr vorliegen, bei denen die Regelungen nach § 39 Aufenthaltsgesetz dazu führen, dass Beschäftigungsverhältnisse nicht zustande kommen. [Die Antwort der Landesregierung finden Sie hier.](#)

Fazit: Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor eher von Abschottung geprägt denn auf Integration konzentriert. Ganz zu schweigen von Ausnahmen zum gesetzlichen Mindestlohn.



Bild: morquefile.com



Was ärgert Sie?

Sinnlose Bürokratie, absurde Regelungen - was regt Sie auf? Schicken Sie mir Ihr Ärgernis für den nächsten Newsletter: jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de



Schurwald-Windkraftstandorte:

Empfehlung des Petitionsausschusses ist enttäuschend

Der Petitionsausschuss hat gegen die Ausweisung der Windkraft-Vorranggebiete WN-34 und WN-35 in Winterbach-Manolzweiler und in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) sowie GP-03 in Wangen (Landkreis Göppingen) keine rechtlichen Bedenken. Das Weinstädter Gebiet WN-33 Nonnenberg wird nicht kommen, wenn sich das Land an den Rat des Petitionsausschusses hält. Hier war der Ausschuss einstimmig der Ansicht, dass keine Verpachtung

Grünen-Abgeordnete Beate Böhlen, dass bei der Petition landeseigener Waldflächen für Windkraftanlagen durch Forst BW der Landesrechnungshof eine Prüfung der Verträge vornehmen wird. Aus meiner Sicht gab es darüber hinaus weitere Fragen des Natur- und Waldschutzes.“

Bei der Diskussion über die Petition der Manolzweiler Bürgerinnen und Bürger gegen WN 34-Goldboden habe sich gezeigt, „dass unter ande-



dieser teilweise landeseigenen Fläche erfolgen soll. Jochen Haußmann ist von der Entscheidung des Petitionsausschusses enttäuscht: „Der Vor-Ort-Termin hatte viele neue Fragen aufgeworfen, die jetzt ignoriert wurden. Mir scheint, es ging einfach darum, schnell zu entscheiden.“ Jochen Haußmann war als stellvertretendes Mitglied des Petitionsausschusses bei dem Termin dabei und fasst zusammen: „Bei dem Vor-Ort-Termin am 10. Oktober in Winterbach haben sich aus meiner Sicht weitere zu klärende Punkte ergeben. So informierte die Vorsitzende des Petitionsausschusses, die

rem Diskrepanzen bei der Landschaftsbildanalyse bestehen. Es ist für die Betroffenen ein schwacher Trost, wenn beim Vorranggebiet WN-33 Nonnenberg keine Verpachtung der teilweise landeseigener Flächen erfolgen soll.“ Wenn man dieser Logik folge, müssten noch weitere Vorranggebiete auf dem Schurwald gestrichen werden. Zum Beispiel der Standort GP03 in Wangen/Unterberken, der beim Vor-Ort-Termin in Winterbach nicht behandelt wurde: „Im Umfeld dieses Standortes gibt es ebenfalls mehrere Vorranggebiete. Mir scheint es, als wollte man auch hier einfach schnell entscheiden.“





Pascal Kober zu Gast im Remstal

Über den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali

Anfang September fand ein eindrucksvoller Gesprächsabend mit dem Militärseelsorger Pascal Kober statt. Auf Einladung der FDP Weinstadt und Kernen informierte der stv. Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg und ehemalige Bundestagsabgeordnete über das Thema:



Die Freiheit Deutschlands wird auch am Niger verteidigt – über den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali.

Pascal Kober erläuterte die politischen Hintergründe eines der größten Bundeswehreinätze in der Gegenwart und berichtete von den Erlebnissen in Mali. Ihm ist es sehr gut gelungen, die vielschichtigen Aspekte der aktuellen Konfliktlagen dieser Welt am Beispiel des westafrikanischen Staates Mali zu vermitteln. Es wurde deutlich, dass die konkreten ethnischen und sozialen Spannungen vor Ort von übergreifenden, ideologisch aufgeheizten Machtinteressen, in Mali u.a. durch Al Qaida, missbraucht und überlagert werden. Das konkrete Erleben des Elends ist für die Menschen der armen Länder über die modernen Medien unmittelbar mit dem Blick auf die Le-



benswirklichkeit in den reichen Ländern verbunden. Das Beispiel Malis zeigt, dass das Gefühl (auch relativer) Sicherheit zwingende Voraussetzung für den ersten zaghaften Blick der Menschen auf günstigere Lebensperspektiven ist. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr leisten dazu einen konstruktiven Beitrag. Der besondere Einsatz unserer Soldaten in Mali und an anderen Orten dieser Welt verdient Respekt und höchste Anerkennung! Unsere Soldaten schaffen Sicherheit und müssen zugleich täglich die Bedrohung der Unversehrtheit ihres Lebens aushalten. Sie dabei nicht alleine zu lassen und sie seelsorglich zu unterstützen, ist Christenpflicht! Ihr Dienst ist Friedensdienst, weil er das Leben der Menschen vor Ort und damit auch hier bei uns in wenigstens bescheidenem Umfang ein bisschen sicherer macht. Man kann Unrecht und Gewalt offensichtlich nicht begegnen, indem man sich in das verklärte Refugium eigener Gewaltlosigkeit und Rechtschaffenheit rettet.



Christliche Minderheiten in einem zu über 90% muslimischen Land. Bisher leben Christen friedlich mit der muslimischen Mehrheit zusammen. Allerdings sind sie von Islamisten bedroht.



Jochen Haußmann unterwegs...

Einblick in Termine der vergangenen Wochen





Ein weiterer Blick über die Schulter

Hier war ich für Sie unterwegs



Fachtag der LAG Selbsthilfe BW e.V. mit Paralympicssieger im Kugelstoßen Niko Kappel. Thema: Wie kann Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Betrieben gelingen?



Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg für Paul Böhlinger aus Weinstadt und Dr. Ioannis Ioannidis aus Waiblingen.



Um die Herausforderungen einer innovativen Versorgung in der Onkologie ging es bei der Veranstaltung der vfa - der forschenden Pharmaunternehmen anlässlich der Präsentation des Arzneimittel-Atlas 2016.

Städtejubiläum Kernen - Masvingo (Simbabwe) mit BM Hubert Fidze.



Mit Verkehrs-Minister Winfried Hermann zu Besuch beim Audi-Standort Neckarsulm



Diskussionsrunde zum Welt-Diabetestag 2016.



Beim ersten gut besuchten Kerner Nachtlauf war ich 10 km auf stimmungsvoll ausgeleuchteter Strecke unterwegs.



Mit dem LFA Soziales bei vitaphone e-health solutions in Mannheim.



Filmaufnahme für meinen Beitrag in der Neuauflage der Abgeordnetenbibel.